Protokoll
III. Vallendarer Kolloquium

Gemeinwohlorientierte und regional verankerte Altenhilfe als Zukunftsaufgabe

2. / 3. Februar 2017

Institut für Wissenschaftliche Weiterbildung (IWW)
Pallottistraße 3, 56179 Vallendar, www.pthv.de

Kooperationspartner:

- **Verband katholischer Altenhilfe in Deutschland (VKAD e.V.), Freiburg**
- **Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA), Köln**
- **Stadt Vallendar**
- **Caritas Trägergesellschaft (ctt)**
- **Paul Wilhelm von Keppler-Stiftung, Sindelfingen**
- **Stiftung der Cellitinnen, Köln**

Leitung:

Prof. Dr. Hermann Brandenburg, Dekan der Pflegewissenschaftlichen Fakultät der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar, Lehrstuhl für Gerontologische Pflege
Dr. Hanno Heil, Projektleiter am Lehrstuhl Diakonische Theologie, Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar

Protokoll:

Judith Bauer, Helen Güther, Alexandra Rausch, Simone Tallian

Freitag, 2.2., 16.00 Uhr, Begrüßung

Vorstellung der Themenstellung. Warum machen wir aus unserer beruflichen Position diese Tagung mit diesen Referenten?

Hermann Brandenburg(HB): Sorge des Gerontologen um die Fachlichkeit der Langzeitpflege vs. wettbewerbliche Ordnung des Pflegemarktes. Wieviele Mittel werden der Langzeitpflege entzogen, um Investoreninteressen zu bedienen?
Bürgerinnen und Bürger, Kommunen müssen die Langzeitpflege wieder zu ihrer Sache machen. (vgl. 7. Altenbericht) Wie können sie stärker an den Konzeptfragen und damit auch an den Investitionsentscheidungen mitwirken? Welche Konzepte und Gebäude der Altenhilfe wollen wir in unserem Stadtviertel in unserem Dorf? „Caring Communities" brauchen partizipative Modelle des Wirtschaftens wie z.B. Genossenschaften, die eine stärkere Involvierung der Beteiligten ermöglichen.

Hanno Heil (HH) : Als „Funktionär" in einem Wohlfahrtsverband und Caritastheologe: Sorge um die Präsenz der christl. Soziallehre in der Caritas: Caritas beschränkt sich nicht auf solidarisches Hilfehandeln, auf Solidarität. Ihr geht es auch um das Gemeinwohl, um Nachhaltigkeit und gelebte Subsidiarität. Damit ist sie von ihrem Auftrag her auch immer auf die Region, den Nahbereich verwiesen und muss sich dort verankern.
Gemeinnützigkeit ist mehr als eine steuerrechtliche Frage. Die Wohlfahrtsverbände tun gut daran, sich auf dieses Proprium ihres Auftrags zu besinnen und damit verstärkt in den Wettbewerb zu treten. Wir sehen jedenfalls eine weite Aufspaltung auf dem Pflegemarkt. Auf der einen Seite Investoren und Makler, die in ihren Prospekten nicht erkennen lassen, dass die Regionalität ihrer Heime mehr bedeutet, als Geschäfte und Ärzte in der Nähe. Ehrenamt und Quartiersbezug werden nicht als Merkmale einer „Core-Pflegeimmobilie" benannt. Auf der anderen Seite freigemeinnützige Anbieter, die ihre Gemeinwohlorientierung zwar steuerlich geltend machen, aber nicht in ihrer Vermarktung und Außendarstellung offensiv nutzen.

Wie gehen wir als Bürger, wir als Verantwortliche in den Verbänden, aber auch die Kirchen - mit ihrem Vermögen und ihren Banken und Wohnungsbaugesellschaften - mit unsere bzw. ihrer Rolle als Investoren um? Es geht nicht nur um die Gemeinwohlverpflichtung des Hilfehandelns, sondern auch unserer Vermögensverwaltung.

16 Uhr 30

Vortrag Prof. Dr. Schulz-Nieswandt: Kommunalisierung, Regionalisierung und Solidarität der „Altenhilfe“

(Foliensatz in der Anlage)

Wo wollen, wo müssen wir hin?

Um diese Frage zu klären, sind zunächst die Ausgangsvoraussetzungen zu klären. Diese betreffen die Frage, wo wir als *Personen* hin möchten. Der Personenbegriff stellt somit die zentrale, theoretisch zu klärende Ausgangsgröße dar. Folie Nr. 6 erläutert mithilfe der Graphik, dass Personsein nur zu einem Teil der alltags- und umgangssprachlichen Vorstellung der Selbstbezogenheit entspricht. Diese orientiert sich klassischer Weise am Ideal der Selbstbestimmung als zentraler Wert. In schwächerer Form ist neben der Selbstbestimmung auch die Selbständigkeit als Kriterium für Personsein zu verstehen. Sie bildet aber lediglich eine mögliche Ausdrucksform gelingender Selbstbestimmung – nicht aber ihre Voraussetzung. Der eigene Wille kann auch dann zum Ausdruck gebracht werden - und ist als solcher zu respektieren – wenn körperliche Einschränkungen meinen Wunsch nach z.B. Mobilität behindern. Dann ist die eingeschränkte Selbstständigkeit mit der Hilfe Anderer oder mit technischen Hilfsmitteln auszugleichen, um dem Prinzip der Selbstbestimmung Rechnung zu tragen. Damit zeigt sich an dieser Stelle, dass Personsein nicht allein in Selbstbezogenheit („ich äußere meinen Willen“) gelingen kann, sondern immer auch angewiesen ist auf den Anderen, auf das soziale Umfeld. Personsein ist damit auch Weltbezogenheit und bedarf der Mitverantwortung und Teilhabebereitschaft sowohl bei der sozialen Umgebung, um Hilfen bereitzuhalten – also auch bei der Person selbst, um Hilfen annehmen zu können. (So ist bspw. die narzisstische Kränkung, hilfsbedürftig zu sein, zu überwinden). Personsein zeigt sich damit als eine komplexe soziale Praxis aus Geben und Nehmen und einen Balanceakt aus Selbstbezug undWeltbezug (vgl. auch Folie Nr. 14).Auf eine Formel gebracht bedeutet Personsein: Individualität in der partizipativen Teilnahme/Teilhabe (in partizipativen Gemeinschaften).Von diesem Grundverständnis einer person-orientierten sozialen Handlungspraxis aus, lässt sich nun das Konzept der „Sorgenden Gemeinschaft“ (Wohlfahrtsmix) aufbauen. Hier geht es auch um Netzwerke, die durch die Bündelung von Akteuren und Ressourcen geschaffen werden können. So gilt es eben dieses Personsein (die Möglichkeit zur Selbstbestimmung bei eingeschränkter Selbständigkeit) durch Hilfestellung aus dem Sozialraum über den gesamten Lebensverlauf (von der Geburt bis zum Tod) zu kultivieren (Folie Nr. 11).Dabei ist dieser Sozialraum nicht als „Container“ zu verstehen, den es beliebig zu bestücken gilt, sondern als dynamisches und soziale Wirklichkeit konstruierendes Netzwerk. Es geht um die kulturelle Gestaltung des sozialen Miteinanders. Hier gerät die „Kommunalisierung“ zu einem Schlüsselbegriff, denn sie verweist auf den unmittelbar, leiblich erfahrbaren Raums des sozialen Miteinanders. Dieses Miteinander, die Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene bildet den kleinsten und direkten Baustein, der innerhalb eines Mehrebenensystems verankert ist. Diese Mehrebenen bilden beispielsweise gesetzliche Grundlagen, die auf verschiedenen Ebenen, wie die der Landesebene angesiedelt sind (Folie Nr. 7), welche über den nationalen Raum hinaus nicht nur auf europäischer Ebene, sondern bis in die UN-Menschenrechtskonventionen hinein verbrieft ist. Die Anerkennung der Würde des Menschen bildet nach Hans Joas die sakrale Grundlage des säkularisierten Sozialstaats. Damit ist mit dem Würdeverständnis eine nicht-rationale Voraussetzung einer

rationalen Staatsbildung (Gesellschaft) gesetzt, die letztlich die Offenheit (Liebe) zum Mitmenschen zur Voraussetzung hat und damit zum gelingenden Umgang mit Diversität und Alterität auffordert (Inklusion). Als Steuerungsinstrumente relevant werden Ethik, Recht und Ökonomie.

Zugleich stellt sich die Steuerung von sozialen Netzwerken jenseits rationaler, egoistischer Bestrebungen als das zentrale Problem dar. Wie können soziale Netzwerke „als Element in vernetzter Sicherstellung der öffentlichen Gewährleistung von Infrastrukturen des Alltags“ (vgl. Folie Nr. 9) funktionieren sollen sie den sozialpolitischen Bezügen dienen: Subsidiarität, Föderalismus, Wohlfahrtspluralismus, Gewährleistungsstaatlichkeit (Folie Nr. 10). Zwar muss der Sozialstaat die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewährleisten. Um diese sicherzustellen, bedient er sich jedoch des Marktes und delegiert damit seinen Auftrag. Dies erlaubt dann zwar die Realisierung von Wohlfahrtspluralismus (neu: Wohlfahrtsmix) auf der einen Seite – auf der anderen Seite droht mit der marktwirtschaftlichen Lösung, dass kommunale Strukturen, Nachbarschaftshilfen, soziales Engagement im sozialen Nahraum als auch Genossenschaftlichkeit als auch der non-profit Sektor gegenüber privatwirtschaftlichen Akteuren weniger Macht und Einfluss besitzen. Die Möglichkeit demokratisch mitzudiskutieren wird im Wettbewerb eines freien Marktes eingeschränkt. Insbesondere in der Altenhilfe stellt sich nicht zuletzt die Frage, welches Sozialkapital ein hochaltriger Mensch besitzt und ob für dessen Dasein ausreichend gesorgt ist. Tatsächlich lässt sich beobachten, dass insbesondere Menschen in ihren letzten Lebensjahren von Ausschluss und Exklusion („sozialem Tod“) bedroht sind und dass ihnen der Nutzen für die Gemeinschaft abgesprochen wird. Die Kultivierung des gelingenden (nachhaltigen) sozialen Miteinanders (Personseins) zeigt sich gerade hier als besonders herausfordernder und permanenter Lernprozess. Denn bei näherer Betrachtung zeigen sich nicht allein versorgungstechnische Probleme, sondern tiefverankerte psychodynamische Ängste und Fragen, wie denn mit hochaltrigen, pflegebedürftigen Menschen sozialverträglich umgegangen werden kann. Wo stehen wir in der Kulturentwicklung? Und wie vermeiden wir das Umkippen unserer Bemühungen um gerechte Daseinsvorsorge in ungerechte neoliberale Marktwirtschaften. Hierzu ist der altmodisch erscheinende Begriff der Tugenden (Haltung) stark zu machen. Die Moral in Kants Sittengesetz hat ihren Ursprung in der antiken Lehre von der „goldenen Regel“ und ist anthropologisch eng verbunden mit dem Beginn der Verstädterung des Menschen (neolithische Revolution) in der Antike, d.h. dem Leben vieler Menschen auf engstem Raum. Die Dichte des Zusammenlebens erforderte es, das alltägliche Leben über die Einführung von Gesetzen zu ordnen. Es entsteht das Rechtswesen in Zusammenhang mit Theologie und Moral (Vgl. Folien Nr. 17/18).

Es bedarf also der Entwicklung von Moral und Haltung, um die Inklusion der Schwächsten gelingen zu lassen. Es bedarf einer Reflexion und eines Verstehens der Choreographie unseres Zusammenlebens, um dieses besser, wissender und reflektierter steuern zu können, um aus Konkurrenz Kooperation zu entwickeln. Die Analyse lässt erkennen, dass das Bemühen um soziale Daseinsvorsorge immerzu in Dilemmata gebunden ist, in binären Codes (vgl. Folie Nr. 15), die letztlich nie gänzlich überwunden werden können, sondern lediglich in Dialog zueinander gebracht werden müssen, um im Dialog und Aushandlungsprozess eine sittliche Gesellschaft zu entwickeln (vgl. Folie Nr. 16). Hier ist das dialogische Prinzip anzubringen, wie es ursprünglich von dem Religionsphilosophen Martin Buber als auch später von dem

Theologen Paul Tillich gelehrt wird (Folie Nr. 20/21). Es gilt Tugenden wie Mut, Gelassenheit, Geduld und Vertrauen auszubilden, um die Ängste des Scheiterns und der Ohnmacht oder auch des Verlustes überwinden zu können, die sich in sozialdarwinistisch, neoliberalen Marktmodellen Bahn brechen. Dazu braucht es neue Geschäftsmodelle, die entsprechend diese Tugenden schützen und fördern. Konkret bedeutet das, dass Netzwerke Interessen teilen können muss, anstatt sie dirigistisch zu „ver-teilen". Ein wirksames Instrument ist die Entwicklung von Narrativen (erzählten und geteilten Geschichten), die Identität stiften und geteilte Weltbilder transportieren und Ängste vor dem Fremden, dem Anderen, dem Alten, dem vermeintlich Nutzlosen, Kostspieligen überwinden lassen („über den Flussgehen"). Es gilt als Akteur in Netzwerken daher „Überschreitungskompetenz" zu erlernen (vgl. Folie Nr. 22/23/24/25). Damit ist die marktorientierte win-win-Logik zu überwinden, die sich letztlich aus der wechselseitigen Angst vor Unterlegenheit in eine Gewinnorientierung verkehrt. Der Fokus ist stattdessen stärker auf ein Netzwerken orientiert, welches auf geteilte (Streit-)Themen und Inhalte („Issue") hin ausgerichtet ist (Folien Nr.: 27/28/29/30). Was ist uns wichtig, was ist für uns ein gutes Leben?!

Wo stehen wir?

Es gibt drei verschiedene Arten von Kommunen

- Depressive Kommunen (hier werden beispielsweise die Demografieprobleme ausgeblendet)
- Schwellenkommunen (diese stehen an der Schwelle zur Veränderung)
- Leuchttürme (dies sind Positivbeispiele)

Wichtig ist „Auf die Haltung kommt es an!" → Kommunalkonferenzen in denen gemeinsame Interessen und Ideen geteilt werden, hier ist Offenheit wichtig

➔ Der Mensch ist in der Rolle des Mitmenschen zu sehen → Der Mensch ist nichts ohne Mitmenschen!

17 Uhr 30 **Diskussion**

Frage Plenum:

Ist uns mit der Einrichtung eines Pflegemarkts ein Kardinalfehler unterlaufen? Spielen dann hier nicht andere Interessen wie das Gemeinwohl eine Rolle?

Antwort Prof. Schulz-Nieswandt:

Der Markt ist stark reguliert, wenn man beispielweise eine Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte eröffnen will, müssen viele Anforderungen eingehalten werden. In Ländern wie Griechenland, gibt es dagegen hier keine Regulierungen und Anforderungen. Die Frage ist deshalb, wie man Märkte nutzen kann, dass das rauskommt, was man will.

Der Pflegemarkt ist kein vernetzter Markt, das Leitbild ist eine vernetze Versorgung, was aber nicht umgesetzt ist. Die Erfahrung zeigt, dass der Markt hoch bürokratisch agiert und eine integrierte Versorgung nicht gelingt. Vielmehr zeigt sich ein fragmentiertes und sektoriertes System, indem man sich nur schwer zurechtfinden kann. Marktsteuerung soll aber eine Kontrahierung der Heime bedeuten. Beispielsweise sollen Heime nur noch dann zugelassen werden, wenn bestimmte Konzepte erfüllt sind.

Es bedarf einer steuerbefreiten, gemeinnützigen Gesellschaft. Grundsätzlich gilt, dass

Geld erwirtschaftet werden muss. Allerdings mit dem Zweck, dass dort, wo Überschüsse entstehen, diese an Bedarfe rückgebunden werden muss (= Effektivität). Das Wirtschaften muss dem ursprünglichen Ziel der Gemeinnützigkeit gerecht werden und die „gute Arbeit" zum Ziel haben – nicht den Gewinn, wie dies in einer erwerbswirtschaftlichen Logik der Fall ist. Um Gemeinnützigkeit zu gewährleisten müssen die Bedarfe auf kommunaler Ebene definiert werden und die Versorgung von dort aus gesteuert werden.

Die Steuerung der Daseinsvorsorge durch die Kommune erweist sich aber als zentrale Herausforderung, denn sie bedeutet einen starken Markteingriff. Bspw. ist zu überlegen, wie die Wohnungswirtschaft über kommunale Akteure eingebunden werden (bleiben) kann und nicht an externe Investoren aus der Hand gegeben wird.

Frage Plenum:

Wie können Verantwortlichkeiten geregelt werden?

Die Erfahrungen mit der Einführung von PSG II und PSG III zeigt, dass erarbeitete Versorgungsstrukturen auf Ebene der Kommunen über die Gesetzgebung (top-down) ad absurdum geführt werden. So erfolgt bspw. die Anerkennung von professionellen und ehrenamtlichen Akteuren, von Selbsthilfe und Modellprojekten auf Länderebene - praktiziert wird sie aber vor Ort. Wer ist verantwortlich?

Die Frage ist also, wer entscheidet über die Anerkennung von bestimmten Strukturen. Die Einführung von PSG II und PSG III lässt letztendlich den Betroffen selber stehen und keiner blickt mehr durch.

Antwort Prof. Schulz-Nieswandt:

Problematik PSG III:

Pflegekassen wollen nicht steuern → Die Kommune muss die Strukturen bereitstellen. PSG III als Flop, weil die Kommunen nicht steuern dürfen, dies wäre hier aber wichtig

Antwort Herr Prof. Brandenburg:

Zu empfehlen

- Pflegestrukturplanung auf Ebene der Kommunen unter Beteiligung der Bürger (z.B. Pflegekonferenzen und lokale Netzwerkbildung fördern).
- Regionalisierung/Kommunalisierung
- Kooperationen im städtischen Raum (Die kommunale Kooperation hin zu einem sozialen Netzwerk bedeutet aber einen langen Lernprozess, in dem immer wieder gemeinsame Positionen und damit Steuerungsmacht erarbeitet werden muss)
- Thema Altern muss berücksichtigt werden

→Die Frage ist, was heißt das alles für die Zusammenarbeit vor Ort? Was macht es erforderlich und was bringt es zum Scheitern?

Frage Plenum:

Kommt es allein auf die Haltung an oder braucht es eher Strukturen? Man sollte den Blickwinkel hier eher auf den Horizont des Betrachters lenken. Eine Kompatibilität

zwischen den Systemen ist wichtig. Klare Positionierung „es kommt nicht nur auf die Haltung an, verschiedene Forderungen müssen im Rahmen der Gesetzgebung festgelegt sein".

Antwort Prof. Schulz-Nieswandt:

Beides hängt mit einander zusammen. So stellen rechtliche und ökonomisch-rationale Rahmenbedingungen, die die Akteure zum Gewinner machen eine „notwendige Voraussetzung" dar, um Kommunalisierung und Regionalisierung zu ermöglichen (Ermöglichungsraum). Sie knüpfen gewissermaßen am Egoismus des Menschen an. Sie bilden ein Anreizsystem, sich zu bewegen, Ängste zu überwinden, Neues zu wagen, aber sie überwinden ihn nicht. Dazu braucht es der Bildung der entsprechenden Haltung. Erst die Haltung bildet die hinreichende Bedingung zu Kulturentwicklung.

Beispiele, die zeigen, dass es auf die Haltung ankommt:

a) Transsektorale Versorgung:

Altenpflegeheime als Teil der Netzwerke → Bis heute ist hier nichts entstanden, obwohl die Möglichkeiten gegeben wären.

b) Krankenhausversorgung:

Die implizit zugrundeliegenden Selbstverständnisse (Haltungen) im Krankenhaus, die neu Lösungswege verhindern. Die klassische Krankenhausversorgung ist von den maskulinen Metaphern des „Drachentöters" und des „Maschinenbauers" geprägt. Es gilt den Tod zu bekämpfen und den Organismus zu reparieren. In dieser Logik werden Menschen mit Demenz (multimorbide, chronisch und psychisch kranke Menschen sowie hochaltrige Menschen)als Störfaktoren wahrgenommen. Sie können nicht repariert werden und das Sterben nicht verhindert werden. Die Geriatrie bildet folglich die unterste Stufe im Ansehen unter den Medizinern. Hier wird eine „Logik von Institutionen" eine „sektorale Logik" deutlich. Zugleich verhindert diese Logik, sich für den Kranken zu interessieren und alternative Handlungswege und Praxen zu entwickeln (z.B. die Vernetzung in den ambulanten Raum). Die Haltung ist hier wichtig um die genannten Sektorengrenzen, oder die Grenzen von Institutionen zu überschreiten.

Frage Plenum:

Ist das Gelingen von Gemeinnützigkeit abhängig von wohlfahrtsstaatlichen Akteuren? Sind privatwirtschaftliche Leistungsanbieter immer die moralisch schlechten Akteure?

Antwort Prof. Schulz-Nieswandt:

Öffentliches Wirtschaften kann sowohl an der Haltung als auch an den Rahmenbedingungen scheitern. Zu erinnern ist mit Uexküll an die enge wechselseitige Verwobenheit von Mensch und Umwelt. Wettbewerb kann, wenn er sehr scharf ist, am Opportunismus scheitern. Dies trifft auch auf freigemeinnützige Institutionen zu, denn auch sie sind dem Wettbewerb unterworfen. Umgekehrt gibt es privatwirtschaftliche Unternehmen, die eine sehr gute innerbetriebliche Sozialpolitik führen (z.B. Personalförderung, Vereinbarkeitsregelungen, etc.). Orientiert an Gerhard Weisser erweist sich daher insbesondere das Genossenschaftswesen als ideale soziale Wirtschaftsform. Die Frage nach dem Gelingen oder Scheitern von bestimmten Strukturen, muss immer lokal betrachtet werden. In jedem Ort gibt es immer andere Kulturen. Es braucht hier Konferenzkulturen auf lokaler Ebene, es gibt kein

verbindliches Schema. Es gibt eine Unternehmensgruppenvielfalt, das macht uns stabil und innovativ.

Zusammenfassung der Diskussion Prof. Brandenburg:

Offene Fragen:

1) Wie kann man die Eigenlogiken der Sektoren bzw. Institutionen knacken?
2) Wer muss alles mit ins Boot?
3) Welche Rolle sollen die Trägervertreter übernehmen?

Fazit:

a) Plädoyer für den praktizierten Dialog; im lokalen Raum die Lösung finden
b) Pragmatik ist wichtig: „Die Vielfalt macht uns stabil“, d.h. wir müssen mit unterschiedlichen ökonomischen Imperativen leben. „Bei allen Bongos ist es anders“ (alle Kommunen brauchen eine andere Lösung) → Pragmatismus als Entstehung von sozialer Wirklichkeit
c) Haltung bildet das Fundament – aber darüber hinaus braucht es entsprechende Rahmenstrukturen.

Öffentlicher Vortrag Christian Felber:

„Ein alternatives Wirtschaftsmodell: Die Gemeinwohl-Ökonomie ?“

Donnerstag, 2.2., 19.00 – 20.45 Uhr, Aula

(Foliensatz in der Anlage)

Vorrede Dr. Heil: Die Renaissance der Gemeinwohlökonomie

„Es gibt nichts mächtigeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“: Seit gut 15-20 Jahren erlebt die Rede von der Gemeinwohlökonomie einen Wiederaufschwung in der öffentlichen Debatte. Insbesondere auf dem Gebiet der Gerontologischen Pflege (Altenhilfe) liegen die Vorteile auf der Hand: gilt es doch das Gemeinwesen zu aktivieren, in Kirchengemeinde und Kommune stärker ins Gespräch kommen zu lassen und darüber die Verbesserung der Strukturen der Altenpflegeversorgung zu ermöglichen. Seit 6 Jahren entwickelt Christian Felber in Österreich und im internationalen Raum die Idee der gemeinwohlorientierten Ökonomie.

Gemeinwohl-Ökonomie (Christian Felber)

Die Gemeinwohlökonomie folgt einer Vision:

Die Umfragen von Accenture zeigen, dass sich 72% der Weltbevölkerung eine andere Wirtschaftsordnung wünschen. Auch für Deutschland, einem der wohlhabendsten Länder der Erde, zeigen die Umfragewerte der Bertelsmann-Stiftung, dass 88% eine neue Wirtschaftsordnung befürworten würden. Daran zeigt sich, dass der Wunsch nach einer neuen Wirtschaftsordnung weniger aus einer materiellen Krise hervorgeht als vielmehr aus eine ideellen Sinnkrise. Denn die Kultivierung des Geizes nach der herrschenden Wirtschaftsordnung (gemäß dem Slogan „Geiz ist geil“) steigert das Gefühl von Sinnlosigkeit wirtschaftlich orientierten Handelns und lässt nach einer neuen Werteordnung angesichts bislang unverändert fortbestehender sozialer und ökologischer Problemlagen (wie Armut, Hunger und Erderwärmung) fragen. Mit dieser Fragestellung steht die Vision einer wirtschaftlich gerechteren und sinnerfüllteren Wirtschaftsordnung in der Tradition von Attac. Zu problematisieren sind im Zuge dessen Machtimbalancen wie sie bspw. durch die Fusion von transnationalen Spitzenkonzernen wie Monsanto und Bayer entstehen. Auch eine Studie der ETH Zürich fragt, wer kontrolliert das Eigentum? Die Antwort lautet 147 Konzerne kontrollieren 40% des (Weltmarktes). Eine solche wirtschaftliche Machtkonzentration schränken Demokratie und Selbstbestimmung ganzer Volkswirtschaften ein. Ursächlich für derartige Entwicklungen oder auch Entfremdungen der Wirtschaft vom Menschen sind in einem neoliberalen Wirtschaftssystem zu erkennen, wie es Ende der 70er Jahre durch Magaret Thatcher und Ronald Reagan eingeführt und politisch durchgesetzt wurde. Eine derartige globale Handelspolitik weniger, alle anderen dominierenden Konzerne (auch begünstigt durch Freihandelsabkommen) führt nicht zu einem Mehr an Freiheit und Wohlstand, sondern zu einer „globalen Zwangsjackenpolitik“ (Thomas Friedman: Die Welt ist flach) und Wohlstandskonzentration, statt gerechter Verteilung.

Hierzu ist eine Alternative im Sinne einer marktkonformen Demokratie, eine gemeinwohlorientierte Ökonomie zu entwickeln. So zeigen bereits heute schon zivilgesellschaftliche Projekte, mit welch hohem Rückhalt von über 90% diese häufig gelebt werden. Darauf ist im Sinne einer souveränen

Demokratie aufzubauen. Wirtschaft ist dann als ein ganzheitliches Modell zu verstehen, welches in die menschliche Gesellschaft einzubetten ist und damit zugleich immer auch die ökologische Umwelt des Menschen mit berücksichtigt. Dazu ist es erforderlich, gedanklich neue Wege zu gehen und alte Mythen hinter sich zu lassen. Zum einen ist zunächst einmal zu fragen, was Ökonomie bedeutet? Altgriechisch οἶκος *oĩkos* „Haus" und νόμος *nómos* „Gesetz" meint Ökonomie zunächst das gute Leben für alle Personen in einem Haushalt. Es geht um das gute Haushalten und damit den Erhalt seiner Mitglieder. Dazu ist in der Weise zu wirtschaften, dass die Bedarfe, die in diesem Haushalt entstehen, abgedeckt werden können. Es stellt sich aber bereits hier die Frage, in wie weit Bedarfe verrechnet werden können, wenn es um Grundbedürfnisse wie Nahrung und Sicherheit geht. Deutlich wird aber auch, dass die Idee des ökonomischen Handelns eng verbunden ist mit der nährenden Funktion der Mutter oder des Bauern. Ihnen gilt der Erhalt und die Entwicklung des Haushaltes. Geld nimmt in diesem Kontext lediglich die Rolle eines Zahlungs-*Mittels* ein. Es gilt in diesem ursprünglichen Sinne nicht darum, Geld an sich zu mehren, sondern dieses zur Bedarfsdeckung des Haushalts einzusetzen. Zu erinnern ist an Aristoteles: Geld ist Mittel für das gute Leben.

Anders verhält es sich mit dem modernen Bankenwesen. Hier findet eine Zweck-Mittel-Verkehrung statt (Perversion). Geld wird zum Selbstzweck des Wirtschaftens und dient nicht mehr der Deckung von Bedarfen in einem Haushalt. Vielmehr gilt es nun, Geld anzureichern. Ökonomie verkehrt zum *Kapitalismus*. Damit bildet weniger der Kommunismus das Gegenprinzip zum Kapitalismus, sondern die Ökonomie im ursprünglichen Sinne. Allerdings hat sich das kapitalistische Denken und Bewerten bereits weitreichend kultiviert. Der Erfolg einer Leistung, eines Unternehmens, einer Nation wird in Geldwerten bemessen (z.B. BIP). Diese Geldwerte bleiben ohne Verbindung zu gesellschaftlichen Bedarfen und wirken somit sinnentleert. Diese Praxis entspricht dem, was Aristoteles als *χρηματιστική* (chrematistike, gr. „Gelderwerbskunst") bezeichnete. Geldwerte als Maßstäbe für die Bemessung eines guten Lebens sind somit als „chrematistisch" einzuschätzen.

Alternativ dazu ist diese Entwicklung „auf den Kopf zu stellen" und der Erfolg nicht länger in Geldeinheiten zu bemessen, sondern in der Umsetzung und Förderung von Lebensqualität. Es gilt vom BIP umzudenken auf das „Gemeinwohlprodukt", bzw. eine „Gemeinwohlbilanz" zu bilden, die den „Gemeinwohl-Mehrwert" aufzeigt. Dazu ist eine demokratische Bewegung „bottom up" erforderlich. In den Kommunen ist zu definieren, was für die dort lebenden Menschen Kriterien für ein gutes Leben sind. Entsprechend dieser alternativen Kriterien (Wertmaßstäbe) lassen sich Unternehmen dahingehend bewerten, welchen Wert oder welchen Beitrag sie leisten, um ein bestimmtes demokratisch ermitteltes Kriterium zu fördern (z.B. Verbesserung der Wasserqualität, etc.). So sollte bspw. bei der Kreditvergabe nicht allein der finanzielle Wert einer Investitionsidee bemessen werden, sondern auch der Betrag für das Gemeinwohl. Über Verbrauchersiegel kann diese Leistung öffentlich kenntlich gemacht werden. Dies setzt entsprechend der Gesetze des Marktes Anreize für Konsumenten und Unternehmen, sich ethisch zu verhalten. Mit dieser Idee wird an die Lehre des Philosophen und ersten Ökonomen Adam Smith angeknüpft. Seine Maxime war es, dass der Erfolg eines Unternehmens zum Erfolg des Gemeinwohls beitragen soll. Durch eine solche Demokratisierung des Wirtschaftssystems wird eine ethische Unternehmenskultur (wieder) möglich. Gemeinwohlökonomie ist kein theoretisches Modell, sondern eine lebendige Beteiligung.

Diskussion

Fragen:

a) David gegen Goliath? Wo gibt es den Kieselstein, um eine solche Bewegung in Gang zu setzen?
b) Wie kommt es, dass es Chrematistik gibt, die völlig gegen die natürlichen Wünsche der Bürger gilt?
c) Wie kann man diesen Ansatz der gemeinwohlorientierten Ökonomie umsetzen?
d) Wie wird ein Mindestlohn/Höchstlohn im Hinblick auf Zinsen umgesetzt?
e) Was passiert mit unseren Wirtschaftsformen, wenn wir den Kapitalismus stürzen? Chaos?
f) Wie funktioniert die gemeinwohlorientierte Ökonomie in den Kommunen?
g) Wie kann man auf kleine Strukturerfolge zurückgreifen (Best-Practice-Modelle)?
h) Wie kann gemeinwohlorientierte Ökonomie in einem Meer des Kapitalismus bestehen?
i) Wie ist eine Wertschätzung ethischer Produkte möglich?
j) Weiter mit der gemeinwohlorientierten Ökonomie?

Antworten:

Von der rationalen Perspektive auf die emotionale Wahrnehmung wechseln: Selbst denken reicht nicht, wir müssen lernen unsere Bedürfnisse selbst wahrzunehmen, zu fühlen (vgl. die Spieleinlage: demokratisches Abstimmen entlang von gefühltem Widerstand – nicht rationaler Zustimmung!).

Die Umsetzung der gemeinwohlorientierten Ökonomie auf Ebene der Kommunen kann z.B. dann gelingen, wenn öffentliche Ausschreibungen konsequent auf Akteure aus dem kommunalen Sozialraum begrenzt werden.

Literaturtipps:

Buch: Christian Felber (2012) Gemeinwohlökonomie. Verlag deuticke

Fabian Scheidler (2015) Das Ende der Megamaschine: Geschichte einer scheiternden Zivilisation. Verlag promedia. (Inhalt: 4 Typen der Macht)

Infos im Internet:

(Wie kann ich persönlich zum großen Thema „Ethischer Welthandel“ beitragen? Initiiere einen Demokratischen Handelskonvent in Deiner Familie, Firma, NGO oder Gemeinde!)

Downloads: http://ethischerwelthandel.info/engagieren/

Bildung einer Regionalgruppe: https://www.ecogood.org/de/community/regionalgruppen_vereine/

Web-Seite: www.christian-felber.at

Workshop A: „Gemeinwohl-Ökonomie“

Freitag, 03.02.2017, 9.00 – 11.00 Uhr

Dr. Heil, Chr. Felber, Hr. B. Bogert, 14 weitere Teilnehmer/innen

Fragen, Anmerkungen zu den Vorträgen und Diskussionen des Vortages:

- GWÖ kann im ländl. Raum sicher funktionieren, wie sieht die Umsetzung in den Städten aus?
- Der Workshop behandelt spez. die Altenhilfe. GWÖ kann impulsgebend für unsere Erfolgsdarstellung sein. Anders als bei kommerz. Anbietern, wo das monetäre Interesse im Vordergrund steht.
- Wichtig für Praxis: Suche nach besserer Personalgewinnung. Es soll für den Mitarbeiter ein Mehrwert sein, bei uns zu arbeiten.
- Worin besteht das „Anderssein“? Auch Caritas steht unter BW-Druck und muss Leistungen verkaufen. Ressourcen fehlen. Unterschied zw. privaten Anbietern und z.B. Caritas nicht für alle zu sehen.
- Refinanzierung in der Pflege: es sind bei der Bilanzierung Grenzen gesetzt, wenn mein Kostenträger die hohen (Zusatz-)kosten nicht ersetzt.
- Ideen sind faszinierend, aber sehe Probleme bei der Umsetzung.

Antworten Herr Felber:

- Ja, meist auf dem Land in strukturschwachen Gebieten, aber in Wien gestartet. Beispiel Sevilla (4. gr. Stadt in Spanien) ist auf dem Weg zur GW-Gemeinde. Oder Stuttgart (Abwassernetz, Hafen, Betrieb aus Gesundheitsbereich u. evtl. Friedhof) weiter Mannheim (2018 zwei Betriebe und 2019 weitere). Berlin: TAZ (1000 Beschäftigte). In Wien und Niederösterreich. Osttirol: alle Akteure an einen Tisch (nicht nur Skeptiker und Pioniere).
- Neuer Arbeitskreis in D: Religion und Wohlfahrt, d.h. Caritas und Diakonie im Nahbereich. Einrichtungen im 3. Sektor.
- Zu Bilanz- und Personalfragen: zuerst Bestandsaufnahme (innerbetr. Demokratie). In kleinen u. kleinsten Schritten eine „schleichende Metamorphose“ auf Jahre und Jahrzehnte. Rahmen ist die Matrix 4.1 (ab 01.04. Matrix 5.0) 20 Themen mit je drei Aspekten. Jeder Aspekt hat vier Stufen. Es werden Punkte vergeben: Höchstsumme sind 1000 Punkte, momentan einzelne 600 P, normal bis gut: 200-300 P.
- Informell für DAX-Unternehmen eine „Guerilla-Bilanz“ erstellt, ein DAX-Konzern kam auf minus 250 P.
- Ziel die GWB auszuweisen sind pol. Folgen, z.B. wer erhält öffentl. Aufträge oder welche Pflegeeinrichtung erhält wieviel Geld. Wenn gute Pflege ein öffentl. Gut ist, dann Geldverteilung nicht unabh. von GWB.

- Personalmanagement profitiert (Bsp: Sparda-Bank München: Verdreifachung der Impuls-Bewerbungen). Es gibt monetäre und rechtl. Schranken, aber auch geistige Schranken. GWB gibt neue Ideen. Neue Fragen führen zu neuen Lösungen.

Frage: Es gibt bereits QM-System. Erfahrungen GW und QM?

Antwort: Ja, viele. Isso-Richtlinien, Global Compact, GRI u. Nachhaltigkeits-Kodex. Im Bereich des eth. Leistungsnachweises lässt es sich kombinieren. Derzeit eine Phase der Vielfalt. Die GWB ist die Krönung. Uni Kiel und Flensburg haben verglichen > GWB umfasst am weitesten. Im monetären Bereich sind klare Standards für die Bilanzerstellung im HGB gesetzt.

2. Vortrag und PPP Herr Bernd Bogert : „Ein gutes Leben für alle. GW-Ökonomie als Motor für die Entwicklung der St. Gereon Seniorendienst gGmbH." (Foliensatz in der Anlage)

Hückelhoven-Brachelen, viele Bereiche inh. des Seniorendienstes, die alle miteinander kooperieren. Geld ist Mittel, um GW zu mehren. Auftrag: gutes Leben ermöglichen. 2009: Werte auf alle übertragen (nicht nur Bewohner, sondern auch Mitarbeiter). Es wird eine GWB nach Matrix 4.1 erstellt. Erster Schritt: Selbstreflektion und Selbstbewertung. Dann Audition von außen (Fr. Knut, Moderatorin). Alle 20 Bereiche werden bewertet. Ziel: 1000 P.

Stärke von St. Gereon Seniorendienste liegt im Bereich Mitarbeiter: 90 P möglich, 71 derzeit erreicht. Z.B. pos.: Möglichkeit Home office, drei Tage Freizeit bei sportl. Betätigung, ergonom. Arbeiten, Jobsharing neg.: männliche Leitung > Irritation der Zuhörer/innen, Erklärung: Leiter + Stellvertreter männl., d.h. nicht paritätisch

Teilnahme an Wettbewerben z.B. „great place to work", mehrmals Sieger. Oder: Dt. Unternehmenspreis – Gesundheit

Schlechtere Ergebnisse bei ökolog. Nachhaltigkeit, u.a. weil keine öffentl. Verkehrsmittel in der Nähe., keine ökolog. Dienstwagen.

z.B. C5 Innerbetriebl. Demokratie 51 von 90 P.: Führungskräfte aus den eigenen Reihen, Ausbildungsermöglichung

Teilnahme an „care4future" Ausbildung in großer Anzahl. Gehen in Schulen (Wahlpflichtfach), St.Gereon-Azubis lehren dort. Hürde abgesenkt. Größter Azubigeber in NRW. 250 Mitarbeiter und 230 Azubis. Nicht alles face-to-face, peer-learning (1. U. 2. Jahr 9, können nicht alle übernehmen)

GW-Bilanzsumme St. Gereon: 646

Frage: Woher kommen die Auditoren?

Felber: Wir, aber es wäre professioneller, wenn es getrennt wäre.

Felber: Was bedeutet GWB politisch? Strategie: Verständlichkeit ist wichtig, 2011 GWB entstanden, Ziel: Gesetzgebung, wie z.B. TÜV. Idee: EU-Richtlinie über nicht-finanzielle Berichterstattung. Liegt

im öffentl. Interesse. Z.B. CSR wirkungslos, wenn nur „Rein waschen“. Eth. Bericht wird nicht von Wirtschaftsprüfern geprüft, keine Rechtsfolgen. Vorschlag: in der nächsten Revision der Richtlinien Standard einführen, dass eth. Bilanzierung berichtspflichtig sein soll. GWB-Kompakt für Unternehmen bis 25 Mitarb. Ziel: integrierte Berichterstattung, nicht nur Finanzkennzahlen. Forderung: Gleichstellung Finanz- und Ethikbilanz. Auswirkungen: Vom öffentl. Einkauf beginnend, Anschaffungen der öff. Hand bis höheren Förderbetrag, da ja höhere Kosten. >Dt. Förderverein, Einladung im Bundestag.

Frage an Herrn Bogert. Welcher Aufwand für die Erstellung von GWB? 10 Sitzungen mit externer Begleitung, aber Vorarbeit mehrere Wochen. Gewinn: Dinge durchdenken; momentan:

Felber: Investition in gelingende Beziehungen (vgl.:Joachim Bauer, Gerald Hüther). Zeit für Rechtsstreitigkeiten entfällt.

Ergänzung Bogert: geringerer Krankenstand, geringere Fluktuation. Also auch Einsparungen.

Frage: „Drum-Herum ist ja sicher gut, aber die Kernaufgabe, den Patienten (nicht Kunden) zu helfen ist doch die eigentliche Aufgabe.

Antwort Felber: D1: Eth. Kundenbeziehung kann natürlich auch „Patientenbeziehung“ genannt werden.

Bogert: Altenpflege ist immer lokal (Bewohner und Mitarbeiter). Caritas-zeichen und „Sankt“ bewusst gelassen. „Aufgrund unserer Haltung besser machen.“

Einwurf: Menschlichkeit ist ein universeller Wert.

Frage: Lohnt es sich ökonomisch? Bekommen sie höhere Pflegesätze? Bogert: Ja, weil keine Probleme mit Mitarbeitern.

Einwurf: Viele Gemeinnützige sind wie Private. Kunde ist ein schrecklicher Begriff. Denken in BWi-Strukturen.

Dr. Heil: Pflege außerfam. Kranker ist aus dem Christentum erwachsen. Hat sich säkularisiert. GWÖ: Werteraster der christl. Soziallehre ohne dogmatisch-christliche Begründung. Wichtige Fremdprophetie: Gutes findet sich nicht nur im Christentum. Nicht archaisch-exklusiv in Clan und Sippe oder nur eigener Organisation denken, sondern universal – inklusiv – auf alle hin.

Felber: Oft Gegensatz zw. Genossenschaft und AG. Kann aber in GWB anders sein. Bei Privaten oft geringe Bereitschaft GWB zu erstellen. > Chance für 3. Sektor. Punkte und Ranking können in Pflegeverhandlungen vorgebracht werden. Werte kann man nicht exakt berechnen. GWB-Bilanzierbarkeit und Messung von eth. Verhalten, Korrektiv in geldzentrierter Marktwirtschaft. > Rückkopplung mit Steuern, Zöllen etc.

Möglichkeit der „ethischen Insolvenz“: Wenn zwei Perioden im tief roten Bereich, darf das Unternehmen nicht weitermachen. Am Anfang der Lizenzgebung in den USA hatten Firmen auch

nur eine befristete Lizenz. Jetzt: wenn zwei Perioden keine Finanzbuchhaltung, muss die Firma schließen. Forderung: Eth. Insuffizienz muss möglich sein (Verhängung).

Frage: Verkauf von abrechenbaren Leistungen, kann lukrativ sein, aber nicht wenn ich konsequent subsidiär berate > Keine Honorierung.

Felber: Erst gemeinnützige, dann private (historisch). Es setzen sich unfaire Standards durch. Foulspieler > andere Spielregeln. Forderung: Wer keine Mindestzahl erreicht, bekommt keinen Auftrag. Die Öffentl. Träger haben sich den Privaten angeglichen. Bsp: Private Gefängnisse in den USA.

Aushändigen von Kopien: Schnelltest in 30 min zur Matrix. „Wie GW-orientiert handle ich?“ als Kopie ausgehändigt.

Workshop B: Regionalisierung,

Freitag 3.2., 9.00-11.00 Uhr

20 Teilnehmer, 2 Moderatoren

Einleitung Prof. Brandenburg (HB):

Erläuterung Agenda

Impulse

- Konzeptionelle Hintergründe „Kommunalisierung, Regionalisierung“
- Vernetzung – Gelingen Scheitern
- Größe Sozialraum / Quartier – Was wissen wir dazu?
- Konfessionalität

Prof. Schulz-Nieswandt (FSN)

Sozialraumorientierung – Was ist das denn?

Plenum:

- Sozialraumbezogen, wie empfinden das die Menschen, zentrale Gemeinde und ein paar Ortschaften drum herum?
- Keine Interessante Frage: besser Begriff „sozialraumorientiert“ – Orientierung (wie auch immer definiert, Viertel, Teil, Block, Akteure im Feld) – was soll der nächste Entwicklungsschritt sein. Räumliche Frage ist nicht so wichtig. Wer ergreift die Initiative?
- Antwort: Betroffene sollen es sein – sollen tätig werden. Verbandlichkeit gibt es immer dann, wenn Ehrenamt nicht mehr ausreicht. Die Leute vor Ort fragen und nicht in Quartiere einteilen.
- Akteure ändern sich in ihrer Haltung im Quartier. Nicht nur Bürger im Quartier, sondern auch die Träger. Auch die Träger sind sozialraumorientiert. Vernetzte Verantwortung – vernetzte Bezüge. Träger per se eine Verantwortung an Sozialraumorientierung.
- Bedarf soll aus dem „Quartier“ / Sozialraum erschlossen werden. Befragung, Ermittlung. Fragen ist schwierig, da oft nicht klar ist, was ist der Bedarf, weil erwartet wird, dass von (wem?) gleich Vorschläge gemacht werden. Bürger müssen sich klar werden, was sie wollen.

HB: Wenn jemand fragt, wird erwartet, dass ein professioneller Kontext die Probleme löst.

Plenum:

- Sozialraum muss definiert werden. Sonst kann es zu Missverständnissen kommen. Wichtig für die Prozesssteuerung.

FSN:

- Frage nach Sozialraum bleibt.

- Was wollen die Leute: Bedürfnisse ./. Bedarf
- Bedarfe müssen gedeckt werden. Es ist nicht der physikalische Raum, sondern der Bedarfsraum (Sorgeaufgaben, ändern sich über den Lebenszyklus)
- Bereitstellung von Ressourcen für diesen Bedarf.
- Sozialraum ist nicht physikalisch aber über Mobilität orientiert.
- Beispiel: Mobilität FSN (Flipchart) – nicht alles physikalisch – sozial media – Telefon - …
- Ausgehend von der Bedarfslage im Alltag und über den Lebenszyklus (Idee ausgeglichener Funktionsräume – sind diese Funktionen leistbar)
- Sozialraumorientierung heißt wie erfüllen wir den Bedarf an Wohnen, Pflege, Kita, Bildung, Infrastruktur, …
- Die Sozialraumdefinition über die Sorgestruktur der Menschen definiert (auch über digitale Medien)

Plenum:

- Hinzugefügt wird das Potential (wen treffe ich, was für neue Ideen begegnen mir, …) Den Zauber des Zwischenraums
- Frage: Wer hat den Hut auf? Ist nicht entscheidend und schließt nur aus. Koordination sollte gemeinsam gestaltet werden. (kommunale Ansicht) – Das ist Arbeit und stößt auch auf Widerstände. Es ist ein Zusammenführen von dem, was es eh schon gibt.

HB: Wer stellt den Raum für die Kooperation dar? Wer moderiert das?

- Kommunale Einrichtungen – Durchführung von Sozialraumanalysen

FSN:

- Subsidiarität. Es gibt nur einen Akteur der verfassungsrechtliche Pflicht hat: Kommune. Analyse, Sozialraumdiagnostik am Anfang. Fragen müssen einfließen auf die Gestaltung der Akteure.

Plenum (nur Herr Maurer):

- Sozialraum: warum hat das so viel Bedeutung / Präsenz? – Menschen sind bei uns angewiesen auf uns. (Trägersicht) – ureigene Aufgabe: Gestaltung des Sozialraums, Mensch gestellt in die Gesellschaft. Informelle Netzwerke (Familie, Verein, …) reicht nicht mehr aus, muss um formale Netzwerke ergänzt werden.
- Verständnis als zivilrechtlicher Akteur. Der Staat und der Markt wird’s nicht richten. Es braucht den Dritten Sektor.
- Sobald man in den Sozialraum eintritt, wechseln wir komplett die Perspektive. Alles passt nicht mehr. Beziehungen gestalten diesen Raum, der sich aber nicht steuern lässt. Man arbeitet mit Menschen, die keine definierte Rolle haben. (Träger haben eine definierte Rolle im Sozialraum, innerhalb der Trägerschaft, innerhalb des Verbandes, ggf. der Konfession) – heterogene Beteiligung der Akteure im Sozialraum.

- Netzwerke sind labil. Ob was geht oder nicht, liegt daran, eine Idee zu teilen. Akteure mit Kosten-Nutzen Denken, wird schwierig. Runder Tisch muss diskutieren, was ist der nächste Schritt.

(Ende Herr Maurer)

- Netzwerkarbeit und pressen in Kennzahlen ist schwierig.

Länderebene (Plenum):

- Unterschiedliche Referate Demographie und ? – alle reden über Sozialraum und jeder versteht etwas anderes darunter. Definition Begriff Sozialraum: Schwerpunkt: Behinderung, Alter. Kann engeren oder weiten Bezug haben. Strukturell mehrere Angebote: Workshops für die Bevölkerung für die Ermittlung der Bedürfnisse und zur Netzwerkbildung. Drittens Pflegesicht mit Beratung.
- Organisation von oben manchmal unklar. Es werden nicht alle Kommunen bedient, was ist mit den anderen? – Alle Ministerien müssen vereint werden. – Komplexität der Vernetzung

FSN:

- Land hat die Aufgabe, Kommunen zu befähigen. Die eigentliche Arbeit liegt bei der Kommune.
- Hinreichende Bedingung: Idee, was man mit Geld macht.
- Nutzenfunktion ist nicht nur Konsummaximierung, sondern es kann auch Lebensqualität sein. Lebensqualität ist teilhabende Autonomie.
- Kennziffern: Nutzen muss definiert werden, wenn darüber entschieden werden soll.
- Wechselwirkung mit Raum: angenehme Gestaltung von Raum, damit sorgsam damit umgegangen wird – wohlfühlen, ... (autonom, aber autonom in der Geborgenheit = Nutzen)
- Über Nutzen reden und diesen aber definieren. Identitätsarbeit von Menschen, die in räumlicher Nähe ein gelingendes Gemeinwohl gestalten wollen.

Plenum:

- Es braucht beides: die gute Idee und den Nutzen – Weiterentwicklung der Idee, es wird nur darin gearbeitet, wenn der, der sich engagiert auch einen Nutzen davon hat.
- Ambulanter Bereich als Motor
- Frage: Was ist dort, wo nichts geschieht? Was ist dort zu tun aus der Wahrnehmung der öffentlichen Hand? Was passiert mit so einem Sozialraum? – Fördermittel der richtige Weg??? – Wie zündet eine Idee?

HB: Wie stößt man Entwicklungen an?

- Wen bedienen wir? Viele warten auf einen Anstoß und es passiert nicht.

HB: Es braucht 3 Dinge als Voraussetzung:

- Idee
- Struktur / Form
- Engagierte Menschen – Haltung

Plenum:

- Betroffene und Bewohner des Stadtteils müssen beteiligt werden und nicht über sie entschieden.
- Bedarf und Bedürfnisse kennen. Braucht man überhaupt was? Man kann nicht obendrüber stülpen. Ggf. auf andere Akteure zurückgreifen. Von oben kann nicht Gemeinschaft erzwungen werden.

HB: Kann man das Engagement (im Sinne von Felber) bündeln?

- Wo ist der Anker, der der die Dinge steuert? Wie sieht die Nachhaltigkeit aus? Bedarfsdeckung des Sozialraums nur mit guten Netzwerken möglich. Wie kommt es zu verlässlichen örtlichen Netzwerken und Akteuren? Wie kann es in Kommunen zur Veränderung der Haltung kommen? Möglichkeiten der Vernetzung sind Aufgabe der Kommunen. – Erst analysieren, dann Lösungen suchen. Problematik oft noch nicht in Kommunen angekommen.
- Optimum planen führt zur Nichterreichbarkeit des Ziels – Viele Projekte kommen nicht auf den Weg, weil klar ist, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann.
- Hut hat in der Realität immer der auf, der das größte Interesse am Projekt hat. Herzensinteresse ist wichtig!
- Frage an Vertreter der Hochschule: Haltung an die Studierenden weitergeben.

HB: Beschreibung der Ausrichtung der Hochschule (eher sozialwissenschaftliche Ausrichtung der Fakultät)

- Mainstream der Pflegeausbildung eher klinisch – müsste breiter aufgestellt sein.
- Spezialisierung ist dominant.

Plenum:

- Von Kommunen wird Sozialraum unterschiedlich wahrgenommen. Daseinsvorsorge wird unterschiedlich wahrgenommen.
- Ausbildungssituation: Anfrage von Hochschulen mit Studentengruppen – in der Praxis schwer. Man kann in 1-2 Stunden sehen wie Vernetzung funktioniert.
- Verfassungsrechtlicher Auftrag der Kommunen: Kein Geld in der Kommune für Netzwerkarbeit. Das gilt im Verwaltungsakt nichts.
- Daseinsfürsorge im GG, Aufgabe der Kommune wird nicht wahrgenommen. War seither auch nicht nötig, jetzt wird’s aber wichtig und es muss mehr passieren.

- Rolle der Kommune: Denkweise von Verwaltungsspitzen ist sehr unterschiedlich. Denken eher in Wirtschaftlichkeitsstrukturen. Wie kommt dann so ein Weg zustande? Verwaltungsspitze auch angewiesen auf das, was ihm vorgelegt wird. Mittelmix. So kann sowas funktionieren.

FSN:

- Partizipative Bedarfsentwicklung:
- Stadteilplanung durch Menschen, die vorher nie gefragt wurden. Prozesserleben war schon ein Stücke des Sozialraumerlebens. → Prozessbenefit
- Kleinräumigkeit erzeugt Atmosphäre, kleine Geschäfte…

Prozesse Top Down:

- Förderung von Strukturen durch die AOK (regional). Man fördert Ehrenamtler, die dann die Strukturen füllen.
- (Kasse macht kommunale Arbeit!)
- Wie kommen viele Akteure an einen Tisch?
- Oft Koordinationsentwicklung in der Verwaltung selbst nötig.
- Kommunale Steuerung ist somit unwirksam.

Plenum:

- Frage zum Anspruch aus den Sozialversicherungsleistung: individueller Leistungsanspruch, den die Träger abkassieren. Kann-Leistungen müssen immer begründet werden, wie man einen Anspruch generiert. Übertragen an Anspruch auf Regierung!

FSN:

- Sozialversicherung wäre modern, wenn sie sich auch in der Strukturpolitik wiederfinden würde.
- Selektive Verträge (der Kassen), um über Verträge Strukturen zu steuern. Wer zahlt, muss auch steuern dürfen. Finanzierung von Strukturen, damit politisches Leben entsteht.
- Mehr Finanzmittel, im System macht nicht per se die Strukturen, Anreizsysteme besser.

HB: Beendet die Diskussion – Eröffnet die Schlussrunde:

- Was ist der Ertrag der Diskussion?
- Wie würden Sie die eigene Organisation diagnostizieren in Bezug auf Sozialraumorientierung? Integration von Personen, Unterstützungssysteme der Pflege und Sorge und Vernetzung.

Plenum:

- Seniorenarbeit der Stadt Nürnberg steht gut da. Aber das Weiterkommen liegt im Aushandeln des eigenen Hauses, weniger extern. Viele Vernetzungen, aber eher

personenbezogen, wenig Verbindlichkeit. Müdigkeit in Bezug auf Netzwerke, da viele vorhanden.

FSN: soziale Ungerechtigkeit: Anspornungspostulat:

- Ungleichheit so reduzieren, dass sie keinem weh tut.
- Soziale Ungleichheit vermindert Lebensqualität.
- Sozialraum ist beidseitiger Nutzen – integrierter Sozialraum ist eine WIN-WIN Situation – das ist gutes Leben.

Plenumsdiskussion, Freitag, 3.2., 11.30-12.30 Uhr

Teilnehmer von Workshop A und B,

Moderation: Dr. Heil u. Prof. Brandenburg; Workshop-Leiter A u. B: Chr. Felber und Prof. Schulz-Nieswandt

Zusammenfassung der Diskussionen der beiden Workshops durch jew. Teilnehmende.

Felber: Die Liberalisierung der verg. Jahre hat die Dichotomie hervorgebracht, dass Foulplayer und Fairplayer gemeinsam spielen. Alle müssen sich bewähren. Z.B. Gewerbeschein wird bei einmaligem Gesetzesverstoß entzogen vs. Dt. Bank, die zahlreiche Verurteilungen aufzuweisen hat. Mögl. Prozess: Caritas-Diakonie gründen eine eigene Bilanzvariante.

Prof. Schulz-Nieswandt:

- Sozialräume (Größe, Raumbezug) und ihre Ausgestaltung (Infrastruktur, Teilhabe, Mobilität, soziale Ungleichheit).
- Vernetzung im Sozialraum: Wer moderiert den Prozess? Müssten Kommunen sein, wg. Daseinsfürsorge. Ressourcen für die Vernetzung betrachten u. welche Haltung sollen die untersch. Akteure mitbringen?
- Rolle der Hochschulen: Menschen befähigen, vernetzt zu denken. Tendenz aber in Richtung Spezialisierung.

Dr. Heil: Was kann man gegenseitig lernen, im Hinblick auf GWÖ und WiWi, unter Einbez. regionaler Aspekte?

Felber: Beide Ansätze sind kongruent. GW hat Werte übernommen. Eigentlich zeitlose Werte, dann Verfassungswerte. Initiativen auf regionaler Ebene (Koblenz), oder Arbeitsgruppen innerhalb der GWÖ z.B. CarDiaKo (Caritas-Diakonie-Konferenz). Der Beitrag zum GW beginnt vor Ort. Überschneidungsflächen.

Schulz-Nieswandt: Idee der Förderbilanz „social accounting“. Wie bildet sich das im Rechnungswesen ab? WiWi ist eine politische Wissenschaft. „Social Return of Investment“. Statistische Daten zeigen das Kohärenz-Gefühl der Menschen, z.B. Angst im Stadtteil? > Teilhabe wird zurückgenommen, Sebstwertgefühl sinkt. Sozialkapitaldichte messen. Koll. Wirtschaften: Erst lokal, dann im Land. Kleine Inseln bilden. Beispiel: Regionalwährung. (Diss: Philipp Degus: Reg.w. im intern. Vergleich) > führt zu neuer Identifikation mit der Gemeinde.

Neue Adam-Smith-Rezeption seit 20 Jahren, WiWi ist nicht nur liberaler Mainstream. Smith war Moralphilosoph, z.B. Sympathie bei Smith Empathie. Liberalismus (Hayek) setzte sich durch, ändert sich > Vielfalt in der WiWi. In Köln drei Prof. für Wirtschaftsethik und interdisz. Studiengänge. Oder Wi.ethik in St. Gallen. Aber: Ausbildung für den Arbeitsmarkt (Spezialisten, statt Generalisten). Erweiterung Rechnungswesen: Invest. in öffentl. Reputation eines Unternehmens. Stakeholder-orientiert. Kapital-Logik zurückstellen. Klima des Vertrauens, Gefühl für den rechten Augenblick (Kairos-Moment bei Tillich).

Exkurs: Weltwährungsordnung, Bsp. Griechenland; Sparen-Handelsbilanzdefizit…

Felber: Heterodoxie der WiWi wächst, Kooperation mit 100 Univ. (z.B. Peter Ulrich, St. Gallen). Chile; Pol. Wirksamkeit angestrebt und strategisch-pol. Anspruch. GW-Gemeinde in Kooperation mit regionalem Ansatz. Bürgerbeteiligungsprozesse: dort werden auch weltpolitische Fragen besprochen, damit das Souverän-Bewusstsein gefördert wird. Erste Kooperation mit der UNO; Graswurzel-Bewegung, bottom-up-Bewegung.

Prof. Brandenburg: Kann man ethische Bilanz und Finanzbilanz so scharf trennen? Benutzen der Tugendethik/Sozialethik, um den Profit noch mehr zu steigern? Entspannen im Kloster, um noch effektiver zu werden? Verwässern versch. Perspektiven. Gefahren und Grenzen?

Felber: Wirtschaft kein Selbstzweck. Eigentum ist causa instrumentalis. Ökonomie ist prakt. Philosophie, d.h. die Werte stehen über den Mitteln. Geld ist nicht gleichwertig (Nachhaltigkeits-Dreieck, gleichw.).

Schulz-Nieswandt: Empfehlung Martha Nussbaum zu lesen. Antike Tradition, aber unter modernen Bedingungen (damals z.B. nur Männer in polis). Gleichzeitigkeit, versch. Formen eth. Durchdringung. Sachzieldominanz (Gewinne nur Nebenziel). Satzungsgemäß refinanzieren. Wenn Kapital-geber Gewinne erwarten, ist das Management unter Druck. Shareholder-Value funktioniert nur auf Profitebene. Anders bei den Stakeholdern. Gefragt ist eine Zivilisierung des Kapitalismus (wäre schon viel).

Felber: Ideal eine Welt ohne Geld und ohne Gesetze. Auf das Herz hören und in den anderen einfühlen. Nicht zu viel nehmen und ausreichend geben. Notwendig Sensibilisierung und eth. Verfeinerung, sowie ästh. Bildung. Andere ermutigen, weitere Konzepte zu entwickeln.

Schulz-Nieswandt: Heilige Ordnung der Menschenwürde. Anarchismus: Philosophie der Liebe; Karl Marx (Pariser Manuskripte). Flache Hierarchien aufbauen. Römerbrief: die messianische Zeit ist bereits da. Die frühen christlichen Gemeinden waren genossenschaftlicher Sozialismus. Kant: Weltgemeinschaft aller Menschen. Wir brauchen eine Regierung, die sich kümmert (z.B. H&M hat eigene 700 Kontrolleure, aber die Firmen sind in so viele Subunternehmer org., dass Kontrolle kaum möglich) > Gesetze, Gewerkschaften, Frauenbewegung. Alle koordinieren, aber hohe Transaktionskosten. Amartya Sen (Democracy matters). Erich Kästner: Konferenz der Tiere, Bloch: Anthologie des Noch-Nicht.

Felber: Afrikanische Staaten haben gefordert, dass es keine Patente auf Lebewesen geben soll. UNO-Abstimmung. Welthandel mit Rücksicht auf Klimaschutz. In zwei österr. Gemeinden Abstimmung auch über Welthandelsfragen im Plenum. In anderer Gemeinde online-Abstimmung > senkt Transaktionskosten.

Schlussworte, Mittagessen

Abschlussdiskussion, 03. Februar, 13.30 – 15.00 Uhr

Sammlung zentraler Gedanken nach dem Kolloquium (Anregungen):

- Die ökonomische Bilanz als ethische Bilanz
- Demokratisierung in der eigenen Institution fördern
- Spielräume und Handlungsräume entdecken
- Dem Unternehmen Sinnhaftigkeit geben
- Sensibilisierung für Menschen mit Hilfebedarf in der Kommune
- Missstände selbständig erkennen und engagiert handeln
- Rückenwind durch Gleichgesinnte und Vorreiter bekommen
- Bisherige vertraute Perspektiven überdenken
- Gut war der Impuls mit der Fehlerqualität, das hat gut getan
- Bewusste Gegenakzente in der Bilanzierung unserer Arbeit setzen
- Der Kopfstand war beeindruckend, bleibt im Gehirn hängen
- Wir sind auf dem richtigen Weg mit der Orientierung an der Gemeinnützigkeit.
- Es gibt keine Blaupause für die Umsetzung
- Wichtig ist auch die intermediäre Ebene. KDA könnte eine sehr wichtige Rolle in Zukunft spielen. Diese Ideen brauchen bundesweit anerkannte Promotoren.
- Anfragen und Erwartungen an die Universität wurden klar formuliert.

Offene Fragen:

- Wir haben noch ganz andere Möglichkeiten der Sozialraumgestaltung auf der digitalen Ebene. Da brauchen wir auch Antworten
- Welcher Benefit entsteht für die Mitarbeiter eines gemeinwohlorientierten Unternehmens?
- Wie kann man sich gemeinwohlmäßig orientieren wenn man dazu nicht die Resourcen hat?
- GWÖ Konzept war sehr interessant. Ein bisschen zu institutionsorientert. Ich hätte gerne noch gesehen, dass wir in modernen Gesellschaften eine Zentrifugalkraft des Individuums haben, die in eigenständige Welten führt, und damit zu Sprachlosigkeit im kommunalen Raum. Alle sind weit auseinander differenziert.
- Frage an Plebiszite: wollen wir die auch in der Flüchtlingspolitik??
- Wie kann man über den Dialog zwischen Kommunen, Leistungsempfängern und –erbringern mehr Austausch entstehen?
- Haben wir die alten Menschen wirklich ausreichend im Blick? Fallbeispiel: dreifache Vorstellung eines dementen Patienten am selben Tag in der Unfallambulanz durch denselben Rettungswagen, ohne weitere Informationen, Kosten ca. 1800 Euro. Arzt hat daraufhin das Heim persönl. besucht und sich ein Bild gemacht. Anschließend die alterstraumatolog. Abteilung mit geriatrischer Abteilung gekoppelt. Was kommt nach der Krankenhausversorgung von alten Patienten? Was ist unsere Verantwortung in der Nachsorge für alte chirurgische Patienten? Nachsorgeteam besucht alle 3-4 Wochen die Heime. In zwei Stunden können 10 Patienten besucht werden. Innerhalb der 2 Stunden 30.000 Euro an SGB V Leistungen eingespart, das Expertenteam kostet dagegen nur ca 456 Euro in den zwei Stunden. Nutzen wir die regionalen Vernetzungsmöglichkeiten wirklich gut für die alten Menschen?

- Unser Träger ist finanziell gut aufgestellt und regional vernetzt. Kritisch: Wäre gut gewesen, wenn wir mehr auf die kleinsten Planungseinheiten eingehen wurden. Quartiersbezug
- Impulse für Ehrenamtsarbeit mitgenommen. Interessant ist die Frage, wie frage ich die Leute, was sie wirklich wollen?
- Wie wäre es, einen Input zur Gemeinwohlorientierung in die Aufsichts- und Prüfbehörde zu geben?
- Ambulantisierung treibt wilde Stilblüten, sind die ambulanten WGs wirklich so gut, wie sie verkauft werden?

Für ein nächstes Vallendarer Kolloquium besteht grundsätzlich an allen im Positionspapier vorgebrachten Themen Interesse. Dabei werden zumeist mehrere Punkte als zusammenhängend interessant geäußert. Folgende Begründungen wurden formuliert:

- Der Umgang mit dementiell veränderten Menschen im Zusammenhang mit Fragen zur Ambulantisierung (Punkt 2 und 3)
- Palliativkultur im Zusammenhang mit Professionsentwicklung (Punkt 6 und 7)
- Professionsentwicklung im Zusammenhang mit Personalentwicklung (Punkt 7 und 1)
- Genossenschaft und Trägerschaftsmodelle im Zusammenhang mit einer Palliativkultur im regionalen Raum (Punkt 5 und 6)

Darüber hinaus wurden Themen erwähnt wie:

- Integration von Flüchtlingen in den Pflegearbeitsmarkt (vgl. Auch die Fachtagung der Caritas in Frankfurt 2017)
- Menschen mit Behinderung im Alter (zwischen Pflegeheim und Behindertenwohngruppe)
- Demokratisierung der Heime (z.B. mehr Mitsprache der Angehörigen)
- Think Tank – neue Institutionen und Finanzierung/ Sozialgesetzgebung (hybride Gebilde z.B. Medizinische Leistungen zwischen Krankenhaus und Pflegeheim; alternative Finanzierung oder neue Gesetzgebung z.B. Ausdehnung des Geltungsbereichs des SGBV für die Pflege im Altenheim)
- Wir müssen mehr hybride Teams bilden. Wandel von Versorgungslandschaften. Weg von dem binären Code ambulant : stationär
- Beruf der Pflege wurde links liegen gelassen. Wir müssen lernen, kooperativ zusammen zu arbeiten.
- SGB V gibt anspruchsvolle Behandlungspflege derzeit nicht her.

Schlussplädoyer:

Gemeinwohlorientierung und Kommunalisierung sind in jedem Fall als ZUMUTUNG zu verstehen, die mit einem „Zwang zum Denken“ einhergeht und Universalitäten entwickeln muss, wobei die Ungleichzeitigkeit von Wertsystemen zu respektieren ist.